

Landesversammlung BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen

17./18. Juni, Dresden, Gewerkschaftshaus



Beschluss:

Sachsen lebt und liebt bunt: Für Gleichberechtigung vielfältiger Lebensweisen.

Sachsen lebt und liebt bunt: Für Gleichberechtigung vielfältiger Lebensweisen.

10 Jahre nach Inkrafttreten des Lebenspartnerschaftsgesetzes hat sich einiges im Bereich lesbisch-schwuler Politik bewegt. Mit der Möglichkeit zur Verpartnerung ist die gesellschaftliche Akzeptanz von Lesben und Schwulen deutlich gestiegen. Auch wenn die Eingetragene Lebenspartnerschaft aufgrund der Blockadepolitik der schwarz-roten und schwarz-gelben Regierung noch nicht mit der Ehe gleichgestellt ist, wurden auf grüne Initiativen hin Teile der bestehenden Benachteiligungen und Defizite im Lebenspartnerschaftsgesetz behoben. In einer Reihe von Bundesländern gibt es Aktionspläne gegen Homo- und Transphobie. Ausgrenzung und Gewalt gegen Lesben, Schwule, Bi-, Trans- und Intersexuelle sowie Transgender (LSBTI), werden gesellschaftlich thematisiert statt totgeschwiegen. Auch in Bereichen wo jegliche Abweichung von einer implizierten heterosexuellen Norm lange Zeit ein Tabuthema war, wie zum Beispiel im Sport, in der Kirche oder in der Bundeswehr, beginnen heute gesellschaftliche Debatten.

Aber es bleibt viel zu tun: Lesben, Schwule, Bi-, Trans- und Intersexuelle sowie Transgender machen immer noch zu häufig Erfahrungen von Diskriminierung und werden Opfer von Anfeindungen und Gewalt. Die vollständige Gleichstellung der Eingetragenen Lebenspartnerschaft mit der Ehe ist noch nicht erfolgt. Gleichgeschlechtliche Paare teilen die gleichen Pflichten wie Eheleute, haben aber immer noch nicht die gleichen Rechte. Dieser Zustand stellt nicht nur eine symbolische, sondern auch eine konkrete Diskriminierung von Menschen aufgrund ihrer sexuellen Identität dar.

Ein Teil der Diskriminierungen - vor allem rechtliche - lassen sich genau benennen. Andere sind schwerer zu fassen und zu quantifizieren. Dies liegt auch an der mangelhaften Datenlage im Freistaat. Dies erschwert die politisch notwendige Urteilsbildung und schränkt die Handlungsfähigkeit ein. Die Förderung wissenschaftlicher Forschung zur Akzeptanz sexueller Vielfalt in Sachsen und wirksamen Maßnahmen zu deren Verbesserung ist der erste Schritt zu einer ernst gemeinten Antidiskriminierungspolitik für Sachsen.

Eingetragene Lebenspartnerschaften endgültig gleichstellen

Die eingetragene Lebenspartnerschaft gehört zu den Erfolgen der rot-grünen Bundesregierung. Seit 2001 wurden auch in Sachsen 939 Eingetragene Lebenspartnerschaften begründet. Das zeigt: gleichgeschlechtliche Paare wollen Verantwortung füreinander übernehmen.

Aber: In Sachsen ist das Lebenspartnerschaftsgesetz auch 10 Jahre nach seinem Inkrafttreten noch nicht vollständig in Landesrecht umgesetzt. Damit gehört Sachsen zu den Schlusslichtern in Deutschland! Eine ganze Reihe von Landesgesetzen sind immer noch nicht an die Bestimmungen des Lebenspartnerschaftsgesetzes angepasst – und es wird von Seiten der Staatsregierung auch nicht geplant, dies zu tun. Dazu gehören Gesetze und Regelungen zur Anmeldegebühr für die Begründung einer Lebenspartnerschaft, Familienzuschlag und Hinterbliebenenpension im Beamtenrecht, die Einsicht in Akten des verstorbenen Lebenspartners oder der Lebenspartnerin, die Studienplatzvergabe, der Ausschluss wegen Befangenheit in mehreren Landesgesetzen oder

die Elternmitwirkung an Schulen. Eingetragene Lebenspartnerschaften werden in Sachsen immer noch steuer- und beamtenrechtlich benachteiligt, obwohl dies gegen die EU-Gleichbehandlungs-Rahmenrichtlinie (2000/78/EG) verstößt. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen, dass diese Diskriminierungen ein Ende haben.

Auch Regenbogenfamilien werden weiterhin rechtlich benachteiligt. Seit 2005 können in Lebenspartnerschaft lebende Lesben und Schwule die leiblichen Kinder ihrer PartnerIn adoptieren. Sie gehen damit die gleichen Pflichten ein wie heterosexuelle Adoptiveltern (z.B. im Bereich der Unterhaltszahlungen), können aber keine Kinderfreibeträge geltend machen. Darüber hinaus bleibt gleichgeschlechtlichen Paaren ein gemeinsames Adoptionsrecht weiterhin verwehrt. Alle vorliegenden Studien legen nahe, dass kein nennenswerter Unterschied zum Leben in Familien mit verschiedengeschlechtlichen Eltern auszumachen ist. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind davon überzeugt, dass es nicht von der sexuellen Identität der Eltern abhängt, ob Kinder behütet und gesund aufwachsen.

In zahlreichen Kommunen berichten Jugendämter über ihre guten Erfahrungen mit lesbischen und schwulen Pflegeeltern. Auch die positiven Meldungen aus den Niederlanden, Schweden, Spanien, Großbritannien, Belgien, Island, Norwegen und Dänemark, wo die Möglichkeit der gemeinschaftlichen Adoption durch gleichgeschlechtliche Paare bereits eingeführt ist, widerlegen die ohnehin empirisch nie belegten Vorbehalte.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern daher:

- die schnellstmögliche rückwirkende Angleichung aller Landesgesetze und Verwaltungsvorschriften, die noch nicht mit dem Lebenspartnerschaftsgesetz in Einklang stehen,
- die Umsetzung der EU-Gleichbehandlungs-Rahmenrichtlinie (2000/78/EG) im sächsischen Beamtenrecht,
- eine Bundesratsinitiative der Sächsischen Staatsregierung zur Beseitigung der noch bestehenden Diskriminierungen von Eingetragenen Lebenspartnerschaften gegenüber der Ehe, besonders im Bereich des Adoptionsrechts.

Antidiskriminierungsarbeit ausbauen

Die Lebenserfahrungen von Lesben und Schwulen sind sehr unterschiedlich und reichen von völliger Akzeptanz bis zu Beschimpfungen und tätlichen Angriffen. Gleichzeitig kommen Studien zu dem Ergebnis, dass 50 % der Befragten negative Einstellungen gegenüber homo- oder bisexuellen Frauen und Männern haben. Vorurteile sind also lange noch nicht ausgeräumt.

Die Anerkennung sexueller Vielfalt lässt sich nicht verordnen, durch gezielte Aufklärungsarbeit lassen sich jedoch Vorurteile und Berührungsängste abbauen. Schulen und Vereine sind gute Orte, um diese zu thematisieren. Lehrerinnen und Lehrer, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter fungieren hier als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren. Sie sollen mit Aus- und Weiterbildungen für den Schutz vor Diskriminierung sensibilisiert und zu einem souveränen Umgang mit sexueller Vielfalt befähigt und ermutigt werden. Gerade im Sport sind homo- und transphobe Tendenzen bis zur offener Diskriminierung nicht selten. Daher muss auch dort verstärkt Antidiskriminierungsarbeit geleistet werden.

Sachsen braucht einen Aktionsplan gegen Homo- und Transphobie, mit dem die Maßnahmen zur

Antidiskriminierung gebündelt werden. Dabei sollte besonderes Augenmerk auf den Bildungsbereich gelegt werden. Als gutes Beispiel kann der Berliner Aktionsplan gegen Homophobie dienen.

Homo- und transphober Diskriminierung ausgesetzte Menschen brauchen darüber hinaus eine Anlaufstelle, wo sie Beratung und Unterstützung erhalten. Diese sollte ähnlich dem Antidiskriminierungsbüro Sachsen unabhängig arbeiten.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern deshalb:

- die Erarbeitung eines Aktionsplans gegen Homo- und Transphobie,
- Verankerung des Themas „Sexuelle Vielfalt“ in der Aus- Fort- und Weiterbildung von Lehrerinnen und Lehrern, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern, sowie im Sport,
- die Verankerung im Lehrplan und Bereitstellung von Unterrichtsmaterialien zu dem Thema,
- Förderung von Vereinen und Verbänden, die Antidiskriminierungsarbeit leisten,
- einen Dialog mit Kirchen und kirchlichen Vereinigungen, um homo- und transphobe Vorurteile in der Kirche abzubauen,
- ein Sexual Identity Mainstreaming, ähnlich dem Gender Mainstreaming.

Präsenz und Partizipation von LSBTI-Organisationen in Sachsen ausbauen

1990 wurde in Leipzig der „Schwulenverband in der DDR“ (SVD) gegründet. Inzwischen arbeiten seit mehr als 20 Jahren in Sachsen zahlreiche Vereine und Initiativen zur Förderung der Akzeptanz sexueller Vielfalt. Sie beraten Lesben, Schwulen, Bi-, Trans-, Intersexuellen und Transgender und ihre Angehörigen.

Eine politische Vertretung im Land erfahren diese Organisationen jedoch kaum. Dabei arbeiten sie seit Jahrzehnten kontinuierlich und mit wachsender Professionalität. Sie sind Ansprechpartner, wenn es um die Bedürfnisse von Menschen unterschiedlichster sexueller Identität geht.

Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist die Förderung von queer-politischen Anliegen nur gemeinsam mit Partizipation von LSBTI-Organisationen wichtiger Baustein wirksamer und an den Bedürfnissen der Menschen orientierter Politik.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern deshalb:

- kontinuierliche Zusammenarbeit der Staatsregierung mit Organisationen, die sich für und mit Lesben, Schwule, Bi- Trans- und Intersexuelle sowie Transgender engagieren
- die Einrichtung eines Runden Tisches zur Vernetzung, fachlichem Austausch, Analyse und Erörterung von Handlungsmöglichkeiten und Defiziten

Homophobe und transphobe Gewalt aufklären

Einerseits wird ein Trend zu steigender Akzeptanz von nicht-heterosexuellen, insbesondere von lesbischen und schwulen Lebensweisen wahrgenommen. Zugleich aber zeigen Befragungen eine so hohe Zahl von homo- und transphoben Gewalttaten, dass die vermeintliche Akzeptanz in ihrer wirklichen Ausprägung zu hinterfragen ist. 16 % der Schwulen und 8 % der bisexuellen Männer

haben tätliche Übergriffe erlebt. Mehr als die Hälfte geben an, aufgrund ihrer sexuellen Identität beleidigt worden zu sein.

Oft werden aber sogar tätliche Übergriffe nicht bei der Polizei angezeigt. Die von Gewalt Betroffenen haben Angst, stigmatisiert zu werden oder glauben, dass ihre Anzeige zu keinem Ergebnis führt. Um das Vertrauen in Polizei und Justiz zu stärken, müssen diese befähigt sein, Fälle von vorurteilsbasierter Gewalt gegen Homo-, Bi- Trans- und Intersexuelle zu erkennen und dabei vertrauenswürdige Ansprechpersonen für die Opfer sein. Auch dies muss Teil eines umfassenden Aktionsplans zur Stärkung von Toleranz sein.

Hier fordern BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN konkret:

- Einrichtung eines Überfall-Telefons,
- feste Ansprechpersonen für gleichgeschlechtliche Lebensweisen bei der Polizei,
- Aus- und Fortbildung der Polizei und des Justizpersonals zu vorurteilsmotivierten Gewaltdelikten.

Aufklärungsarbeit verstärken – Sexuelle Gesundheit fördern

Gern werden internationale Vergleiche zur Aids-Präventionspolitik Deutschlands gezogen. Gegenüber westlichen Ländern wird sie ob ihrer niedrigen Neuinfektionsraten von HIV gelobt. Dabei gibt es gute Gründe, aufmerksam und skeptisch zu sein. Das Robert-Koch-Institut beobachtet seit längerem einen Anstieg der Neuinfektionsrate. Eine Erklärung dafür ist eine gestiegene Zahl von HIV-Antikörper-Tests, ein Indiz für ein wachsendes Risikobewusstsein der Menschen. Eine weitere ist der Anstieg der Zahl sexuell übertragbarer Infektionen (STD), vor allem Syphilis unter MSM (Männer, die Sex mit Männern haben). Das individuelle Verhalten ist bei der Frage der Verbreitung von STD entscheidend, daher sind Aufklärungsangebote besonders wichtig.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern daher:

- Förderung von Programmen zur Prävention sexuell übertragbarer Infektionen, sowohl für eine breite Öffentlichkeit als auch zielgruppenspezifisch,
- eine flächendeckende, kontinuierliche Aufklärung in Schulen gemeinsam mit Beratungsstellen und Vereinen wie den Aidshilfen, finanzielle Regelsicherung der Beratungseinrichtungen für qualifizierte Aufklärungsarbeit,
- Weiterentwicklung des Sächsischen Aktionsprogramms zur HIV/AIDS-Aufklärung anhand von epidemiologischen Daten.

Homo- und transsexuelle Jugendliche unterstützen

Jugendliche haben unabhängig von der sexuellen Identität ein Recht auf individuelle Förderung und bestmögliche Bedingungen zur Persönlichkeitsentwicklung. Lesbische, schwule und transgender Jugendliche sollen selbstbestimmt, angst- und diskriminierungsfrei leben können. Ihnen fehlt es aber oft an Personen, denen sie sich besonders in der Frage ihrer sexuellen Selbstbestimmung anvertrauen können. Hilfe erfahren sie kaum oder gar nicht, mitunter nicht einmal von den eigenen Eltern. Die daraus resultierende starke Einsamkeit und Hilflosigkeit dieser

Jugendlichen macht sie häufiger als heterosexuelle Jugendliche gefährdet für psychische Störungen, Depressionen und Substanz-Missbrauch. Ein vier- bis sechsfach höheres Selbstmordrisiko homosexueller Jugendlicher gehört seit Jahren zur Realität und ist ein klares Anzeichen für die Schwierigkeiten, unter denen homosexuelle Jugendliche sich durch das Leben kämpfen.

Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist ein professioneller, nicht von persönlicher Erfahrung abhängiger Umgang mit dem Thema sexuelle Vielfalt der Gesellschaft in allen Schulen und Jugendvereinen die Grundlage für eine Unterstützung von nicht-heterosexuellen Jugendlichen.

Daher setzen wir uns dafür ein, dass:

- ein umfassendes Paket an Präventionsstrategien entwickelt wird, um die Zahlen von Mobbing und Gewalt sowie Suizidversuchen zu senken,
- Vereine und Verbände, die nicht-heterosexuelle Jugendliche und ihre Angehörigen beraten und unterstützen, weiter gefördert werden,
- eine wissenschaftliche Studie zur Lebenssituation nicht-heterosexueller Jugendlicher durchgeführt wird.

Vielfalt der Lebensweisen im Alter anerkennen

Viele alte Lesben und Schwule sind geprägt von der starken Diskriminierung und Verfolgung in der Ära des § 175 StGB, der männliche Homosexualität kriminalisierte. Ihnen fällt ein offener Umgang mit diesem Thema besonders schwer. Zugleich fordert die Generation offen lesbischer oder schwuler Menschen, ihre jeweiligen Bedürfnisse auch im Alter zu berücksichtigen – mit Konsequenzen für Pflege- und Seniorenarbeit heute und in Zukunft.

Die Lebenssituation älterer Lesben und Schwuler, aber auch Transsexueller muss daher in der sächsischen Seniorenpolitik und bei Angeboten für Seniorinnen und Senioren Beachtung finden. Aus Sicht von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN brauchen wir die Unterstützung für MitarbeiterInnen der Altenhilfe und -pflege durch Aus- und Weiterbildung über Lebenssituation und Bedürfnisse von betagten Lesben, Schwulen und Transsexuellen. Dabei setzt selbstbestimmtes Leben im Alter voraus, die Bedürfnisse älterer Lesben und Schwuler zu kennen, um sie zu berücksichtigen. Dazu bedarf es einer Datenerhebung für die Situation in Sachsen, weil für viele Lesben, Schwule und Transsexuelle das Leben im Alter ein bedeutendes Thema ist, wie eine Befragung der Stadt München von 2003 zeigt.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern daher:

- Beachtung der Belange alter oder pflegebedürftiger Homo- und Transsexueller durch die sächsische Seniorenpolitik und aktive Einbeziehung alter Lesben, Schwuler und Transsexueller in die Gestaltung von Angeboten für SeniorInnen,
- zielgruppenspezifische Aus- und Weiterbildungsangebote für AkteurInnen der Altenhilfe und Seniorenarbeit,
- aktuelle Datenerhebung, um die Wünsche und Bedürfnisse bedarfsgerecht ansprechen zu können.